

Regierungsratsbeschluss

vom 25. April 2023

Nr. 2023/669

Immobilienentwicklung: Erweiterung Rötihof - weiteres Vorgehen

1. Ausgangslage

Der Kanton Solothurn beschäftigt rund 2'600 Mitarbeitende. 63% resp. ca. 1'650 Mitarbeitende haben ihren Arbeitsplatz in der Stadt Solothurn. Die übrigen 37% sind auf die Verwaltungsstandorte Grenchen, Oensingen, Balsthal, Olten, Breitenbach und Dornach verteilt. Die rund 1'650 Mitarbeitenden, welche ihren Arbeitsplatz in Solothurn haben, sind in 27 verschiedenen Liegenschaften untergebracht. Von den 27 Liegenschaften sind 14 angemietet. Die jährlichen Mietausgaben betragen rund 6 Mio. Franken.

Aufgrund der hohen Mietkosten und veränderten Anforderungen an den Arbeitsplatz (Multi- und Open-Space) sowie der Arbeitsweise (Homeoffice, Desksharing und interaktives Arbeiten) hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 2021/502 vom 6. April 2021 das Hochbauamt mit einer Machbarkeitsstudie für einen «Zentralen Verwaltungsbau» beauftragt. Zwischenzeitlich liegen die Resultate der Machbarkeitsstudie für einen «Erweiterungsbau Rötihof» vor.

2. Erwägungen

Anlässlich eines Seminars vom 5. Juli 2022 hat sich der Regierungsrat mit der Machbarkeitsstudie auseinandergesetzt. Das Hochbauamt wurde daraufhin beauftragt, vertiefte Abklärungen bezüglich möglichen Varianten (Anzahl Arbeitsplätze) zu tätigen. Am 6. Dezember 2022 fand nochmals ein Seminar zu diesem Thema statt. Es wurden vier Varianten (S, M, L und XL) erläutert und im Nachgang eingehend diskutiert. Aufgrund des grossen Synergiepotenzials (u. a. Standardisierung, Haustechnik, IT, Gebäudeunterhalt und Gebäudebewirtschaftung, Ver- und Entsorgung, Empfangs- und Schalterbereich etc.) sowie der Wirtschaftlichkeit soll für die Variante «L» ein Qualitätsverfahren durchgeführt werden.

Die Variante «L» sieht vor, auf sämtliche Miet- und einzelne kantonseigene Liegenschaften weitgehend zu verzichten und die entsprechenden Arbeitsplätze in den geplanten Erweiterungsbau zu verlegen. Nebst den neuen Anforderungen an den Arbeitsplatz und die Arbeitsweise sollen auch weitere zeitgemässe Nutzungen im Neubau Platz finden. Zudem sollen möglichst viele Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden.

Das Qualitätsverfahren bedingt ein entsprechendes Raumprogramm, Betriebskonzept und Wettbewerbsprogramm. Damit diese Dokumente bereitgestellt werden können, benötigt es die Unterstützung der betroffenen Departemente bzw. Amtsstellen. Aus Effizienzüberlegungen wird für die Erarbeitung des SOLL-Raumprogrammes die Koordinationskommission (KOKO) bzw. deren Mitglieder miteinbezogen. Diese ist zuständig für die räumlichen Anliegen der kantonalen Verwaltung. Ansprechpartner für das Hochbauamt sind daher ausschliesslich die Mitglieder der KOKO, d. h. die jeweiligen Departementssekretärinnen und -sekretäre. Ihnen kommt daher eine zentrale Aufgabe bzw. Rolle zu.

Bis Ende 2023 sollen das definitive Raumprogramm (SOLL-Bedarf), das Betriebskonzept und das Wettbewerbsprogramm vorliegen. Das eigentliche Qualitätsverfahren erfolgt im Jahr 2024. Die Erarbeitung des Vorprojektes und die dafür notwendige Volksabstimmung sind für das Jahr 2026 geplant. Sofern die Abstimmung positiv ausfällt, erfordern die weiteren Planungs- und Realisierungsschritte weitere drei bis vier Jahre.

3. Beschluss

- 3.1 Im Sinne der Erwägungen wird das Hochbauamt beauftragt, die Variante «L» mit einem geeigneten Qualitätsverfahren zu konkretisieren und mit einem entsprechenden Schluss- bzw. Jurybericht inkl. einer Empfehlung zu Händen des Regierungsrates abzuschliessen.
- 3.2 Die Mitglieder der Koordinationskommission werden beauftragt, das Hochbauamt entsprechend zu unterstützen.
- 3.3 Die Kosten für dieses Verfahren sind in der Mehrjahresplanung ab 2022 «Hochbau», Sachkonto 005 / 5040000 / Projekt 2K-3003KP22 (Investitionsrechnung), berücksichtigt.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Hochbauamt
Hochbauamt (z.Hd. der Koordinationskommission; elektronischer Versand durch Hochbauamt)
Finanzdepartement
Departement für Bildung und Kultur
Departement des Innern
Volkswirtschaftsdepartement
Gerichte